

Jahresausklang in Moll

Im Süden der Philippinen bleibt das Kriegsrecht bestehen –
Präsident Duterte wirbt für eigene Todesschwadron und sieht in Bischöfen neue Feinde



Präsident Rodrigo Duterte am 19. April 2018 mit einem israelischen Galil Scharfschützengewehr bei einer militärischen Zeremonie in Quezon City, östlich von Manila (Foto: EPA-EFE)

oder Amtsenthebungen wie im Falle von Maria Lourdes Sereno, der früheren Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, ahnden. Maria Ressa, Geschäftsführerin des Online-Magazins »Rappler« und zuvor langjährige CNN-Korrespondentin in Südostasien, soll unter der Anschuldigung von Steuerhinterziehung mundtot gemacht werden.

»Rappler« ist Duterte ein Dorn im Auge, weil es kritisch dessen ausufernden »Anti-

Drogenkrieg« beäugt. Diesem sind bis zum Monatsbeginn laut Mitteilung der Philippinischen Nationalpolizei (PNP) an den Obersten Gerichtshof 22.983 Menschen zum Opfer gefallen, wobei annähernd 5.000 Tote auf das Konto der PNP gehen. Bei den anderen annähernd 18.000 Getöteten handelt es sich laut PNP um Opfer von Vigilantgruppen – allesamt unaufgeklärte Verbrechen. Nichts fürchten Filipinos heute mehr, als in die Nähe von Drogensüchtigen oder -

dealern gerückt zu werden. Selbst Juristen scheuen sich, in solche Rechtsverfahren, so es sie noch gibt, hineingezogen zu werden. Anfang November wurde mit Benjamin Ramos ein weiterer Menschenrechtsanwalt auf offener Straße in Kabankalan auf der Insel Negros erschossen. Ramos hatte sich vor allem engagiert für die Rechte landloser Bauern und mittelloser Landarbeiter eingesetzt. Er ist der 34. Anwalt, der unter dem Duterte-Regime ermordet wurde.

Um wirksamer gegen »Drogensüchtige, Linke und Terroristen« vorzugehen, kündigte Duterte am 27. November die Aufstellung einer eigenen Todesschwadron, der »Duterte Death Squad« (DDS), an. Das Kürzel »DDS« stand für »Davao Death Squad«, eine Todesschwadron, die während der über 20-jährigen Amtszeit von Duterte als Bürgermeister von Davao City im Süden des Landes ihr Unwesen trieb und für weit über tausend Morde verantwortlich war. Unbestritten ist, daß Duterte deren Treiben billigend in Kauf nahm. Inwiefern ausländische Menschenrechtsorganisationen gehen indes davon aus, daß Duterte am Aufbau der DDS direkt beteiligt war und deren Mordreigen ausdrücklich begrüßte. Bereits während seines Wahlkampfes hatte Duterte keinen Hehl daraus gemacht, daß er als Präsident das ganze Land

gern in der Manier zu lenken gedenke, wie er es zuvor in Davao praktiziert hatte.

Einmal als Präsident gewählt, wurde DDS umgedeutet in »Diehard Duterte Supporters« (»Eingefleischte Duterte-Unterstützer«). Diese meist in Rothenmden auftretenden Duterte-Sympathisanten sind mittlerweile auch außerhalb des Landes aktiv und rühren dort unter der philippinischen Diaspora die Trommel für den Präsidenten. Nicht wenige DDSler werden von Regierungsstellen dafür bezahlt, regimiekritische Veranstaltungen in den USA oder in Europa gezielt zu stören oder in dortigen Kirchengemeinden Fuß zu fassen.

Am 5. Dezember schließlich benannte Duterte in einer Rede vor Lokalpolitikern aus verschiedenen Städten und Gemeinden seine neuesten ausgemachten Feinde – Mitglieder des oberen Klerus. In dieser Rede merkte er beiläufig an: »Eure Bischöfe, tötet sie. Diese dummen Leute sind nutzlos. Alles, was sie tun, ist, nur zu kritisieren.« Namentlich hatte es der Präsident auf den Bischof der Diözese von Calocan (im Norden Manilas), Pablo Virgilio David, abgesehen, der mehrfach als beredter Kritiker von Dutertes »Anti-Drogenkrieg« in Erscheinung trat.

Wie stets in solch höchst kontroversen Situationen wie

gelte Dutertes Sprecher und Rechtsberater Salvador Panelo sofort ab und versuchte alles herunterzuspielen. Der Präsident, so Panelo, bediene sich häufig »dramatischer Effekte« und »gezielter Übertreibungen«. Wörtlich fügte er hinzu: »Wir sollten uns mittlerweile an den Präsidenten gewöhnen haben. Worauf er einfach hinaus will, ist dies: Hört auf mit dem Kritisieren und tut einfach Gutes für dieses Land.«

Dem widerspricht vehement Randy David, Soziologe, Kolumnist der englischsprachigen Tageszeitung »The Philippine Daily Inquirer« (PDI) und ein Bruder des inkriminierten Bischofs. In seinem Beitrag für die Sonntagsausgabe des »PDI« vom 9. Dezember, den er mit »Blood on the President's hands« betitelte, sorgt sich David um die Sicherheit seines Bruders und schließt nicht aus, daß Lakaien des Präsidenten tatsächlich dessen Aufruf zum Mord folgen. Er zierte sodann jene Passagen, die Duterte in seiner Tirade gegen seinen Bruder bemühte. »Für die bisherigen 4.000 plus Zwischenfälle mit der Polizei (gemeint waren die von der PNP knapp 5.000 getöteten vermeintlichen Drogenabhängigen – RW) übernehme ich die volle Verantwortung und stehe dafür grade. Sollte ich dafür im Gefängnis landen, so sei es denn.«

Rainer Werning

Big Man

Über Elbert Howard, eines der sechs Gründungsmitglieder der »Black Panther Party for Self Defense«

Sein Geburtsname war Elbert Howard, aber seine Genossinnen und Genossen der Black Panther Party nannten ihn alle »Big Man«. Er war tatsächlich stattlich gebaut wie ein Athlet des American Football. Zusammen mit Robert George »Bobby« Seale und Huey Percy Newton gehörte er zu den sechs Mitgliedern, die im Oktober 1966 im kalifornischen Oakland die »Black Panther Party for Self-Defense« gründeten. Howard war bis 1974 aktives Mitglied der Partei. Er gehörte dem Zentralkomitee an und war als stellvertretender Informationsminister für die Pressearbeit zuständig. Zeitweise leitete er als Chefredakteur die Parteizeitung »The Black Panther«.

Geboren und aufgewachsen in Chattanooga, Tennessee, blieb er 1960 nach Ende seines vierjährigen Dienstes bei der USA-Luftwaffe in Kalifornien. Unter dem Titel »Als ich der Black Panther Party beitrug« schrieb er darüber im Panther-Blog Itsabouttimebbp.com: »Oakland schien eine blühende schwarze Gemeinde mit freundlichen Menschen zu sein. Es lag jedoch am Verhalten der dortigen Sturmtruppen der Stadtpolizei, daß klare Trennungslinien gezogen wurden. Sie warnten die Schwarzen vor tödlichen Konsequenzen, falls sie diese Linien überschreiten würden. Zu »tödlichen Konsequenzen« kam es fast jede Woche, wenn weiße Cops schwarze Bürger töteten, was von Polizei und Behörden offiziell stets als »Notwehr« gerechtfertigt wurde.« Deshalb organisierten die Pan-



Elbert Howard referiert im Januar 1970 in Amsterdam über die Black-Panther-Bewegung

(Foto: Rob Mieremet/Anefo/creativecommons.org)

thers zunächst bewaffnete Patrouillen gegen die Polizeigewalt, um so die ständige Brutalität gegen die schwarze Bevölkerung zu verhindern.

Durch seine beeindruckende Größe und sportliche Gestalt sowie seinen imponierenden »Afro« fiel Elbert in der Öffentlichkeit auf und wurde zur fotogenen Ikone der Panther. In seinem Auftreten war er hingegen eher ein stiller und sachlicher Typ, dem es um Fakten und nicht um Show ging. Er war zur Stelle und füllte die Lücken in der alltäglichen Parteiarbeit, als mehrere Kampfgefährten und Mitbegründer der Panthers vor die Gerichte gezerrt wurden und im Gefängnis landeten. »Big Man« sorgte dafür, daß die Geschichte der Partei weiterging. Er war ein fähiger, talentierter Redakteur und Autor und, wenn nötig,

auch ein brillanter Redner.

Elbert »Big Man« Howard starb im Sommer im Alter von 80 Jahren, aber er ist und bleibt für uns alle ein großes Vorbild. Er hinterläßt nicht nur seine Frau, Kinder und Enkel, sondern auch ein Erbe, das von Kampf, Widerstandsfähigkeit und »Black Power« zeugt. Selbst nachdem er die Partei verlassen hatte, drängte er die Unterdrückten immer noch, sich gegen ihre Unterdrückung zu wehren. In einem Essay aus dem Jahr 2005 mit dem Titel »Wie ich es sehe« schrieb er: »Die Leute wären gut beraten, die Geschichte zu studieren und daraus zu lernen. Schaut euch an, wie Kampagnen wie das »Free Breakfast Program«, die Kampagnen zur Kontrolle der Polizei und für »Medical Clinics« zur medizinischen Versorgung unserer Bevölkerung von der Black Panther Party entwi-

ckelt und eingesetzt wurden. Wir müssen wachsam sein und uns zusammenschließen, wenn wir uns selber retten wollen.«

Im Gedenken an »Big Man« Howard, den legendären stellvertretenden Informationsminister der Black Panther Party: »All Power to the People!«

Mumia Abu-Jamal

Übersetzung:
Jürgen Heiser

Am 9. Dezember begann für Mumia Abu-Jamal das 38. Jahr in Haft – fast dreißig davon saß er in der Isolation des Todestrakts. Gestern fanden in mehreren Städten Solidaritätsaktionen für ihn statt. Von Berlin, Frankfurt am Main, Paris, London über Mexiko-Stadt bis Philadelphia und anderen Orten der USA skandierten viele Menschen »Free Mumia!« (jh)

Rote Linien

Die »Krim-Krise« und die NATO

Kommt jetzt die nächste Runde westlicher Kanonenbootpolitik, diesmal vor der russischen Küste? Wenn's nach dem Botschafter der Ukraine in Deutschland ginge: Aber ja, so schnell wie möglich! Die Bundesrepublik und andere NATO-Staaten sollen Kriegsschiffe vor die Krim entsenden, verlangt Andrij Melnyk. Nicht genug, daß die NATO-Marine regelmäßig Kriegsschiffe im Schwarzen Meer veranstaltet; erst im August probte ein deutsch geführter NATO-Verband vor Odessa gemeinsame Operationen mit der ukrainischen Kriegsschiffen. Nein, das reicht Kiew offenkundig nicht. Die Krim soll jetzt direkt militärisch unter Druck gesetzt werden. Offensichtlich schwebt den Hardlinern, die vor annähernd fünf Jahren in der Ukraine das Ruder an sich gerissen haben, etwas Vergleichbares wie die NATO-Stützpunkte in Polen und im Baltikum vor.

Für die NATO öffnen sich mit dem Appell neue, strategisch willkommene Türen. Denn im Schwarzen Meer hat sie zuletzt Rückschläge hinnehmen müssen. Vor rund zwei Jahrzehnten, als Zbigniew Brzezinski seinen Strategieklassiker »The Grand Chessboard« schrieb, war Rußlands Position desolat. Hatte es die Krim bis 1991, wie der ehemalige Sicherheitsberater von USA-Präsident Jimmy Carter in seinem Buch festhielt, als Basis für die Machtprojektion seiner Marine ins Mittelmeer nutzen können, so hatte es jetzt einen Großteil der Küste verloren und mußte in Kiew betteln gehen, um den Flottenstützpunkt

auf der Krim zumindest pachten zu dürfen. Es war, konstatierte Brzezinski, erheblich geschwächt. Seit 2014 hat sich die Lage nun aber spürbar geändert. Moskau kontrolliert die Krim wieder zur Gänze, ist dabei, seine Marine zu konsolidieren – und die NATO hat, seit die Türkei im Bündnis zum Wackelkandidaten wurde, auch im Schwarzen Meer eine ungewisse Position.

Kann die NATO nun einfach das ukrainische Angebot annehmen, vor der Krim aufmarschieren und Rußland so in die Schranken weisen? Nun, Rußland hat rote Linien. Daß es die um jeden Preis verteidigt, sah man zum ersten Mal im August 2008, als die russischen Streitkräfte nach dem georgischen Angriff auf Südossetien in das Nachbarland einmarschierten. Die Krim ist ein ebensolcher Fall für Moskau. Das weiß man seit März 2014, und die knallharte russische Antwort auf die ukrainische Provokation an der Straße von Kertsch bestätigt das einmal mehr. Inzwischen hat Moskau angekündigt, eine weitere Einheit seiner hochmodernen Luftabwehrraketensysteme S-400 auf der Krim zu stationieren.

Das läßt keine Fragen mehr offen. Wer auch immer jetzt noch im Schwarzen Meer zündelt, tut dies – gänzlich unabhängig davon, was man vom russischen Vorgehen hält – an einer Stelle, an der Moskau kein Nachgeben kennt. Daß dies im Westen bereits zweimal falsch eingeschätzt wurde – 2008 und 2014 –, gibt Anlaß zu Pessimismus.

Jörg Kronauer